

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Gegen die Wohnungsnot!

Nach langen und eingehenden Beratungen, nach Vernehmung von Sachverständigen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Baustoffhändler, Bauunternehmer usw. hat der 13. Ausschuss des Reichstages folgende Entschliessung angenommen:

„Die Reichsregierung zu ersuchen.

1. anzustreben, daß in den Jahren 1922 und 1923 mindestens 200 000 Wohnungen gebaut werden,

2. zur Deckung der unrentierlichen Baukosten sind im Jahre 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden insgesamt jährlich mindestens sechs Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen.

3. Zu diesem Zweck ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1921 weiter auszubauen,

4. sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.“

Diese Entschliessung ist in mehr als einer Beziehung bedeutsam und sehr zu begrüßen. Zunächst ist hierin einmal klipp und klar ausgesprochen, daß in den nächsten beiden Jahren mindestens je 200 000 Wohnungen gebaut werden müssen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme ist von uns stets mit aller Deutlichkeit betont worden. Das Darunterliegen der gesamten Bauwirtschaft während der letzten 6-7 Jahre hat zu einer Katastrophe in unserer deutschen Wohnungswirtschaft geführt, da ein Defizit von circa 1 Million Wohnungen entstanden ist. Will man aus der ungeheuren Not und dem Elend, in das weiteste Kreise gerade der mündellosesten deutschen Bevölkerung hierdurch geraten sind, heraus, so gibt es nur ein Mittel, nämlich die Ausfüllung eines Wohnungsbauprogramms für die nächsten 5-6 Jahre, das die jährliche Erstellung von mindestens 200 000 Wohnungen vorsieht.

Zu der Erkenntnis dieses Standpunktes hat man sich, wie die obige Entschliessung zeigt, nun endlich in weiten und maßgebenden Kreisen durchgerungen. Damit erhebt sich aber die weit schwierigere Frage, wie soll dieses umfangreiche Bauprogramm finanziert werden? Denn bekanntlich ist es unerlässlich, den infolge der niedrigen Mieten unrentierlichen Bauanwand irgendwie abzubürden, weil sonst einfach nicht gebaut wird. Der Weg der Reichszuschüsse, den man in der ersten Nachkriegszeit beschritten hatte, ist infolge der mifflischen Finanzlage des Reiches ungangbar. Darüber ist man sich heute allgemein klar.

So sah denn auch das bereits angeführte Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1921 einen anderen Weg vor, nämlich Deckung der Bauzuschüsse aus der Wohnungswirtschaft selbst heraus. Eine 10-15proz. Steuer auf die Friedensmiete sollte einen Ertrag von circa 450 Mill. M. bringen, der natürlich zur direkten Bezeichnung der Wohnungsbauten viel zu gering war. Deshalb hatte man vorgesehen, auf Grund einer 20jährigen Erhebung dieser Steuer eine Kapitalisierung auf dem Anleihewege in Höhe von 3,2 Milliarden vorzunehmen, mit der die Finanzierung des diesjährigen Bauprogramms vorgenommen würde.

Abgesehen davon, daß die so aufkommende Summe viel zu gering ist und ihre Anbringung infolge des unrichtigen Anleiheverfahrens viel zu lange Zeit erfordert, muß dieses System erhebliche Bedenken erwecken: da man nämlich den Ertrag einer 20jährigen Besteuerung gleich im ersten Jahre verbaut, wird in den künftigen Jahren natürlich eine Steuer in mindestens der gleichen Höhe notwendig, so daß man in 20 Jahren glücklicherweise auf einer 30prozentigen Mietsteuer gelangt wäre. Das ist nichts weiter, als ein nicht einmal demotives Verfahren, dem gerade bei Schwanz Stück für Stück abzuhacken!

Demgegenüber wendet sich nun der Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Forderung an die Regierung, die Mietsteuer auf 100 Prozent der Friedensmieten zu bemessen. Ganz gewiß eine Forderung, die auf den ersten Blick etwas befremdend erscheinen muß, doch was hilft alles Zammern und Klagen? Entweder ist man bereit, zur Linderung des Wohnungsleidens Opfer, ja sehr erhebliche Opfer zu bringen, oder aber es bleibt alles beim alten, d. h. die Wohnungsnot vergrößert sich mit jedem Tage und wächst uns schließlich über den Kopf.

Deshalb ist es auch für jeden einsichtigen Menschen ein Unding, einerseits nach Beseitigung der Wohnungsnot zu jammern und andererseits über die hohen Mietpreise zu klumpfen. — Gewiß ist das Verfahren, im Wege allmählicher Mietsteigerungen die Mieter langsam an höhere Sätze zu gewöhnen, ganz praktisch, aber für unsere deutsche Wirtschaft ist es überaus gefährlich und irrational — und für den einzelnen Mieter außerdem viel zu teuer. Ein Beispiel zeigt das ganz deutlich: Betrachten wir zum Vergleich die Belastung einer Wohnung zum Friedensmietpreis von 600 M. Das System der indirekten Mittelbeschaffung mit einer nur 10proz. Mietsteuer auf 20 Jahre bringt für diese Wohnung eine jährliche Belastung von 60 M., d. h. in 20 Jahren von 1200 M., wofür einmalig 3,2 Milliarden flüssig gemacht und in einem Jahre verbaut werden. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene 100proz. Mietsteuer dagegen bedeutet für die gleiche Wohnung nur eine Belastung von 600 M., d. h. die Hälfte, während nicht bloß 3,2 Milliarden Mark, sondern etwa das Doppelte, nämlich 6 Milliarden Mark Ertrag zu erwarten sind, also für die Bauwirtschaft des kommenden Jahres zur Verfügung stehen. Die sehr erheblichen Nachteile im Ertrage der beiden Besteuerungsarten erklären sich sehr einfach aus den erforderlichen riesigen Zinsaufwendungen, die bei dem ersten System die allmähliche Tilgung des nur geliehenen Kapitals erfordern.

Das dürfte für jeden einsichtigen Menschen Beweis genug sein, daß demgegenüber das von dem Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene Verfahren das weit bessere ist! Die 100prozentige Mietsteuer bringt auf einmal, ohne den Umweg einer Anleihe und einer so langen schweren Belastung der Wirtschaft die Mittel auf, deren wir zur Beschaffung von 200 000 Wohnungen bedürfen. Damit läßt sich denn auch der Wohnungsnot energisch zu Leibe rücken. Wird dieser Vorschlag Gesetz, und bleibt die deutsche Mieterchaft bei der Stange, läßt sie sich nicht von irgendwelchen Schlagworten rabulischer Hecker oder den honigtriefenden Versprechungen der Interessenten der alten Wohnungswirtschaft belören, dann ist die Schlacht gegen die Wohnungsnot gewonnen, sie steht in 4 bis 5 Jahren überwunden, und unsere ganze Wohnungswirtschaft kann dann wieder in ruhigeren Bahnen verlaufen; gilt es dann noch nur noch der zunehmenden Bevölkerung Wohnräume zu schaffen und die alten abgängigen Wohnungen zu ersetzen.

Es erübrigt sich eigentlich zu betonen, ein wie großes Interesse ganz besonders wir Bauarbeiter an dem Zustandekommen dieses Gesetzes haben. Scheitert es, so gehen wir für das kommende Jahr den denkbar traurigsten Verhältnissen entgegen, und nicht nur wir, sondern auch zahlreiche Kollegen aus anderen Berufen und Industrien, die von einer glücklichen Entwicklung auf dem Baupark mehr oder weniger abhängen. Es stünde geradezu eine Katastrophe für die ganze deutsche Wirtschaft bevor, der wir als Arbeitslose zur Last fallen müßten. Die baldige und rechtzeitige Annahme unseres Vorschlages dagegen erhebt nicht nur uns aller Sorgen für unsere Zukunft, sondern führt vor allem unsere deutschen Soldaten aus der unglücklichen Wohnungsnot heraus und beschafft der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahre eine günstige Ent-

wicklung; die gerade deshalb von höchster Bedeutung ist, weil die gegenwärtige günstige Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkte kaum lange anhalten wird.

Selbstverständlich kann diese sehr erhebliche Ausgabesteigerung, wie sie eine 100proz. Erhöhung der Friedensmieten bedeutet, den breiten Schichten des deutschen Volkes nicht bei den gegenwärtigen Löhnen zugemutet werden. Mit aller Deutlichkeit fordert denn auch die Entschliessung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine der Mietsteigerung entsprechende Erhöhung der Bezüge der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger.

Die Verwendung dieser von der Allgemeinheit aufgebracht Mittel muß natürlich einer genauen Kontrolle unterworfen werden. Die Besteuerung vor allem des privaten Baugewerbes sowie der Baustoffhändler ist unbedingt zu verhindern. In unseren Bauproduktionsgenossenschaften besteht die deutsche Wirtschaft Treuhänderbetriebe, die zu Zwecken der Preisregulierung und Preiskontrolle bei den Vergütungen stets mitzubedenken sind!

Unter diesen Bedingungen müssen wir aber auch bereit sein, uns mit voller Energie für die Mietsteuer einzusetzen! Sie ist und bleibt eben der einzige Weg, der uns in absehbarer Zeit aus dem unglücklichen Elend der Wohnungsnot herauszuführen vermag. Und das sollte uns immerhin einige Opfer wert sein! — Gewiß haben die gegenwärtigen Besitzer von Mietwohnungen gut klumpfen, denn ihnen kann es schließlich gleichgültig sein, wie die vielen Wohnungskisten zu einem Heim kommen, denn sie sehen ja selbst gut und trocken. Sich aus eigenen Mitteln eine Wohnung zu schaffen, ist den meisten Wohnungskisten, insbesondere den zahllosen mündellosesten Proletariats unter ihnen, eine glatte Unmöglichkeit. Sie sind einzig und allein auf die Solidarität ihrer Volksgenossen angewiesen, die im glücklichen Besitze einer Wohnung sind.

Es ist kein Zufall, daß die erste große Organisation, die namens ihrer Mitglieder eine so ungeheure Steuer von der Regierung fordert, gerade der Deutsche Gewerkschaftsbund ist. Sein Programm ist die Herbeiführung einer deutschen Volksgemeinschaft, das solidarische Einsehen aller füreinander. Und in diesem Sinne fordert er alle Mieter auf zur Solidarität mit ihren unglücklicheren Volksgenossen, den Wohnungslosen. Darum auf, in den Kampf für die Mietsteuer!

„Christentum und soziale Idee“

Ein wunderbares Buchlein, das uns unser Kollege Georg Sieber, der Schriftleiter des „Christlicher Metallarbeiters“, unlängst geschenkt hat (S. 1 der Bücher der Arbeit, Echo-Verlag, Duisburg, Preis 3,- M.).

Wenn im Wortlaut als Zweck dieser Schrift angegeben ist, wieder einmal auf die verbindende Gestaltung zwischen Christentum und sozialer Tat hinzuweisen, so kann man sagen, daß Georg Sieber diese Aufgabe in einer außerordentlich feinen und lesenswerten Weise gelöst hat. Unserer Literatur braucht mehr solcher Bücher, in denen mit glühendem Idealismus darauf hingewiesen wird, daß die Rettung der Menschheit aus den gegenwärtigen Elend und der Neuaufbau der Gesellschaft nur möglich werden kann mit Hilfe des Christentums, aber nicht des Kammerchristentums, das Heißlos und Leberden zugleich ist, sondern des lebendigen, auf Tatgeißt erbauten, alle Stände in Liebe umfassenden und solidarisch durchglühten Christentums.

In allen Epochen der Menschheitsgeschichte deckt Sieber den sozialen Gedanken, seinen Einfluß über seine Ohnmacht auf. Er führt uns zurück in die Zeiten der Reformator, Agrippa und Roser mit ihrem Herrenmenschenum, er

Verbandstag der „Gelben“

Am 18. November hielt der „Nationalverband deutscher Berufsverbände“ in Berlin seine Generalsammlung ab, an der auch wir aus gewissen Gründen nicht ohne ein Nachwort zur Tagesordnung übergehen sollten! Nicht etwa wegen der zahlenmäßigen Bedeutung, die diesen uns überaus unsympathischen Organisationen zukommt, denn damit ist es durchaus nicht so berüchtigt bestellt, wie sie es selbst glauben machen wollen — wenn sie auch 200 000 Mitglieder in ihren Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Organisationen angeben —, sondern wegen einer Reihe von Neben Umständen, die dieser Tagung einen pikanten Reiz verleihen.

Das Hauptreferat hielt unser „Freund“ Geißler, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter, der sich nicht genug in der Bekämpfung der „Klassenkampforganisationen“ — der „Koten“ ebenso wie der „Christlichen“ — tun konnte. Von ihm hören wir die überraschende Kunde, warum unsere Verbände überhaupt noch existieren, sie sind nämlich, wie er sich ausdrückt, „nur noch der Sekretäre wegen da, die den Klassenkampf führen“. Deshalb muß auch „die riesenhafte unproduktive, produktionsfeindliche Schicht der Klassenkampfsekretäre, die sich von der Produktion ernähren lassen, und für die Gewerkschaften nur die Vermittler für die aus der Produktion gezogenen Einnahmen bilden, verschwinden“.

Das ist das große Allheilmittel, das er verkündet, der einzige Wahrheit „große“ Gedanke, der durch sein ganzes Referat läuft: „Schlagt die Gewerkschaftsekretäre tot, dann herrscht wieder eitel Glück und Frieden! Wahrlich eine Weisheit, eines Geißler würdig! — Die wollen wir ihm denn auch nicht weiter übernehmen. Wenn er aber seine Rede dahin ausklingen läßt, daß nur die Gelben mit ihren wirtschaftsfriedlichen Grundsätzen in der Lage sind, „den beruhsständlich gegliederten, vom christlichen Sittengesetz gezügelter, vom christlichen Gemeinschaftsgefühl veredelten neuen deutschen Staat“ zu schaffen, dann haben wir die unbedingte Pflicht, diese schwülstige Behauptung auf ihren wahren Wert zu prüfen, und sie als das zu kennzeichnen, was sie wirklich ist, nämlich als eine unerhörte Heuchelei und grobe Verächtlichmachung des Christentums!

Mit aller Entschiedenheit verbiten wir uns, unter dem Deckmantel des Christentums die dunklen Geschäfte der „gelben“ Bewegung, die sich doch sonst immer als religiös „neutral“ bezeichnet, führen zu lassen! Mit dieser Ausrufung zeigt Herr Geißler auch nur, daß er vom wahren Wesen des Christentums keinen blauen Schimmer hat. Denn der erste Grundpfeiler des Christentums ist die Gerechtigkeit, für die Herr Geißler wohl dadurch zu wirken glaubt, daß er die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems gegen die einen gerechten sozialen Ausgleich erzielenden christlichen „Klassenkampforganisationen“ auf Leben und Tod zu verteidigen bereit ist. Nein, Herr Geißler, mit solchen Rhapsoden werden sie die Deffenlichkeit nicht über den wahren Charakter ihrer Bewegung täuschen können!

An die Referate schloß sich eine in manchen Beziehungen recht interessante Aussprache. Herzliche Worte der Begrüßung fanden insbesondere der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, Graf von Hohenhausen und der Führer des Pommerischen Landbundes, Herr von Derhen. Das ist ja nicht sehr verwunderlich. Ist es uns doch schon lange bekannt, daß in diesen Kreisen die wärmsten Förderer und Bewunderer der „gelben“ Bewegung seien. — In weiteren Reihen peinliche Ueberraschung muß es dagegen erregen, daß auch mehrere Vertreter der Deutschen nationalen Volkspartei unter den Lobrednern zu finden waren. Das wird um so unverständlicher, wenn man hört, daß Geißler in seinem Referat unseren Kollegen Behrens, den Vorsitzenden unseres Landarbeiterverbandes, der ja bekanntlich deutschnationaler Reichstagsabgeordneter ist, auf eine sehr unfeine Art und Weise

angriff und verdächtigte. Man hätte da doch dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Laverenz und dem Landtagsabgeordneten Herrmann etwas mehr Zart und politisches Verständnis zutrauen dürfen. Seyterer verstieg sich in seiner Rede auf die „Gelben“ zu folgenden schwülstigen Phrasen: „Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung will die Befreiung von unten. Diese Tat ist nicht mehr ein Lichtstrahl in unsere politische und wirtschaftliche Nebelwelt, es ist die Sonne!“ — Weiter geht's nimmer!

Interessant ist nun die Stellung der Arbeitgeber zu diesem ganzen Theater. Wie wie gern möchte man doch diesen treuen Sachwaltern um den Hals fallen und ihnen für ihre treue Pflichterfüllung danken; doch noch ist leider die Zeit nicht gekommen, in der man dies ohne Gefahr öffentlich tun kann! — So muß denn auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ ihr Lob gar leise und gedämpft ertönen lassen. Sie schreibt:

„Der Gesamteindruck der Tagung war der, daß sich mit den nationalen Berufsverbänden eine neue Arbeitnehmerbewegung entwickelt, die die Not der Gegenwart richtiger erfasst zu haben scheint (Sehr gut! — Ja die Not der Unternehmerrergeldsacke! D. H.), als es bisher in den sozialen Bewegungen der Fall war. Nicht etwa, weil sie einem verschwommenen wirtschaftlichen Pazifismus das Wort redet, sondern weil sie eine Arbeitsgemeinschaft fern ab von jeder Klassenkampf-mäßigen Behauptung der verschiedenen sozialen Gruppen erhebt. Gewerkschaften sowohl als Arbeitgeberorganisationen werden halb an dieser Bewegung nicht mehr vorbeiführen, und so ist auch das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen.“

Die christliche Arbeiterschaft insbesondere hat die dringendste Pflicht, die Hoffnungen der „Arbeitsgeberzeitung“ und die Bäume der Gelben nicht in dem Himmel wachsen zu lassen, sondern sie beizeiten zu beschneiden!

Allgemeines

Besserung der Arbeitsmarktlage. Der einsetzende Winter pflegt in der Regel eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt zu bringen. In diesem Jahre läßt sich glücklicherweise das Gegenteil mitteilen. Nach der Meldung des Demobilisationskommissars betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich am 1. November d. J. 151 871 Personen, gegenüber 361 311 im gleichen Tage des Vorjahres. Ebenfalls ist die Zahl der Zuzugsempfänger von 362 423 auf 168 214 Personen zurückgegangen. — Leider muß man die Befristung hegen, daß eine baldige erhebliche Verschlechterung eintritt. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands, der sich nur bei baldiger Hilfe seitens vermöglicher Volksgenossen oder des Auslandes wird verhindern lassen, dürfte für die deutsche Arbeiterschaft die größten Gefahren heraufbeschwören.

Deutsche Volksbank u. S. Der von den christlichen nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden gegründeten Bank ist die Genehmigung zum Vertrieb von Depot- und Depositengechäften durch den Minister für Handel und Gewerbe im Endernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen erteilt worden.

Die Deutsche Volksbank ist mit einem Betriebskapital von zehn Millionen Mark als soziales Bankunternehmen gegründet worden, und wird mit Beginn des kommenden Jahres als ersten Geschäftszweig den Spargeldverkehr aufnehmen, nachdem ihr jetzt die durch eine Abänderung des Kapitalmarktgesetzes ermöglichte Genehmigung zur Annahme von Spargeldern erteilt worden ist. Die Absicht der Gründer ist bekannt; die Deutsche Volksbank soll die Spargelder der Verbandsmitglieder zusammenfassen und sie ausschließlich nach den Interessen der Sparer im wirtschaftlichen und sozialen Sinne verwalten.

schleiert und in treffenden und charakteristischen Sätzen das soziale Elend in den griechischen Stadtstaaten zu ihren glänzendsten Seiten, und er vergißt nicht der Not und des Elends der breiten Schichten in der Weststadt Rom, zu deren Füßen der Erdkreis lag. — Die Letztäre der römischen und griechischen klassischen Schriftsteller, die die Welt und ihre Umgebung nur von ihrem engen persönlichen, materialistischen Standpunkt aus betrachteten, die in dem Elenden, in den Millionen von Menschen, die zu jener Zeit in dieser furchtbaren Lage schmachteten, nur eine Ware — schlechter zu behandeln als ein Stück Vieh —, geschweige denn einen Menschen sahen, hat auch unsere Gebildeten diese vergangenen Zeiten und Verhältnisse viel zu einseitig sehen lassen. Man erblickt dort immer nur das glänzende Renesse der antiken Staaten; das unsägliche Elend und die furchtbare Not der breiten Massen übersehen man und verliert damit gleichzeitig das Verständnis für die ungeheure Umwälzung, die das Christentum gerade auf diesem Gebiete hervorgerufen hat. Das mit aller Deutlichkeit und in klarster Plastik wieder einmal herausgearbeitet zu haben, ist ein sehr großes Verdienst von Wieber.

Gegenüber sozialistischen Versuchen, die Person Christi für sich in Anspruch zu nehmen, und ihn einseitig als sozialen Reformator hinzustellen, betont Wieber mit aller Klarheit unsere christliche Auffassung. Christi Reich ist nicht von dieser Welt, nur für das himmlische Vaterland will er die Menschen gewinnen. Er hat nicht irgendwelche bestimmte, der damaligen Zeit angepasste Forderungen erhoben, wie Befreiung von der Sklaverei durch gewalttätigen Aufstand usw., sondern er hat sich darauf beschränkt, die großen Normen anzugeben, die das Leben der Menschheit fürderhin auf der Erde regulieren sollten!

Nicht Revolution ist seine Forderung, sondern: trachtet zunächst einmal nach Umkehr des Willens, trachtet nach Liebe und Brüderlichkeit! Und die höchsten Prinzipien, die er für unser Leben in Diesseits aufstellt, lauten Nächstenliebe und Gerechtigkeit!

Und nun zeigt Wieber in großen und klaren Zügen, wie dieses Gesetz der christlichen Liebe allmählich sich durchsetzt in der Menschheit, wie unter seiner Herrschaft die Lage der Armen, Bedrückten und Kollektenden sich bessert, wie die Frau aus ihrer unwürdigen Stellung in Heidentum erhoben wird, wie die christliche Familie aus dem Samen der Lehren Christi erwacht, und wie darauf aufbauend, auch das Gemeinschaftsleben sich entwickelt. Und wie im Mittelalter dann jene Wirtschaft entsteht, die unter der Herrschaft des sittlichen Ideals und des Prinzips der Gerechtigkeit die Menschheit eine Periode innerer Ruhe und Zufriedenheit durchsetzen läßt, eben weil sie als ihren sicheren Hort und Pol allein das Christentum der Tat betrachtet.

Und dann zeigt er weiter die Herrschaft des Materialismus, der mit seinen beiden Antipoden Kapitalismus und Sozialismus die sittlichen Ideale des Christentums zerstört, die soziale Idee und die Persönlichkeit des Menschen untergehen läßt, einerseits im Gefaß der Reichtümer und andererseits in der Düsternis und Vorsehung einer Partei, die das Proletariat als das Letzte und Schicksal proklamiert.

Was in allem ein Buchlein, das eine Fülle wertvollster Gedanken enthält, eine Menge ausgezeichneten Materials darstellt, und jedem zur Anschaffung dringend empfohlen werden kann, der einmal in stillen und ruhigen Stunden seinen Blick auf etwas Lenken will, das über das Fehlen und Drängen der Umwelt, über den Materialismus und Kommunismus der Zeit uns erhebt.

Bauproduktgenossenschaften

Ein Gespräch

nach der Arbeit auf dem Heimwege

August: Hör mal, Karl, gestern war ich in einem kleinen Vortrag. Es wurde über Bauproduktgenossenschaften gesprochen, und ich bin gleich mit 500 M. dazugesprochen.

Karl: Alle Wetter, da bin ich neugierig! Du bist doch sonst ein toller Kerl, aber hier vielleicht doch reingefallen. Bauproduktgenossenschaft? Ein langes Wort! Da muß viel hinterstehen!

August: Jawohl, eine feine Sache! Wenn du nicht zu faul gewesen wärest, gestern hinzukommen, wärest du sicher auch schon dabei. Da kriegt man nämlich wieder Lust zu arbeiten!

Karl: Da hört doch alles auf, wie soll denn das ausgehen?

August: Nun, da ist man wieder eigener Meister und Arbeiter zugleich, und dem Gewinn schluden nicht die Jugend.

Karl: Wie soll ich mir denn das vorstellen? Bau-Lassen gehört doch eine Menge Geld, die ich nicht habe, und ein Haus brauche ich auch nicht gerade.

August: Da sieht man, die Zeitung „Bau-gewerkschaft“ bringe ich dir jeden Sonntag ins Haus, aber ichen tuß du sie nicht. Sonst hättest du schon manchmal darin etwas gefunden, wie unsere Gewerkschaft immer praktisches Christentum in das Wirtschaftsleben hineinbringen wollen. Dazu

sollen nämlich die Bauproduktgenossenschaften den Anfang machen.

Karl: Wie ist das möglich? Jetzt bin ich fast gespannt wie die Lohse, die auf eine Maus lauert. Christentum in der Wirtschaft, das ist mir in Paris noch nicht vorgekommen; dazu gehört vor allen Dingen Gerechtigkeit!

August: Sehr richtig! Und eben die ist es, worauf sich die ganze Geschichte aufbaut. Nun höre mal zu mit Mund und Ohren: Es soll sich also eine Reihe von Leuten, und zwar gerade von uns Arbeitern, zusammenschließen, jeder mit mindestens 500 M., die aber auch in Ratenzahlungen geleistet werden können, bis sich aus den vielen wenig ein großer Haufen entwickelt. Mit diesem Kapital und dazu mit den Spareinsparungen der Mitglieder werden dann Bauaufträge angenommen, versichst du, nicht etwa, daß wir uns nun jeder selbst ein Haus bauen müssen, was du übrigens aber auch kannst, da es dann gar nicht so teuer kommt. Wir selber führen die Arbeit aus, und natürlich viel billiger als die privaten Unternehmer, da wir nicht sämtlich Millionäre werden wollen. Es bleiben dann immer noch genug Moneten übrig, die eine Verzinsung unserer eingezahlten Gelder sicherstellen. Außerdem hast du dann immer schöne Arbeit, baust mit deinem eigenen Gelde und bist also dein eigener Meister.

Karl: Gar nicht übel! Die Sache wär ein Gedanke von Schiller, wenn der noch leben tät. Aber ich traue noch nicht, daß das bloß Gedanken bleiben werden!

August: Oho, da werde ich dir gleich das Richtige erzählen! Das ist doch klar; wenn wir nur mäßig verdienen wollen, dann sind wir billiger, und wenn wir billiger bauen, dann kommen die Leute. Und wirklich haben unsere Kollegen in Rheinland-Weßfalen auch schon für Millionen ausgeführt, und für über 50 Millionen Aufträge liegen noch vor. Da staunst du wohl, was?

Karl: Wer sollte das für möglich halten! Da tritt's mir tatsächlich auch schon im Herz und im Beutel. Das scheint ja ein Ding zu sein, wie es das neue Deutschland braucht, um wieder hochzukommen und ehrlich zu werden. Ich habe 500 Emmchen übrig, mit denen ich diese schöne Einrichtung gern unterstützen will.

August: So ist es recht, nur nicht lange gesadelt! Im übrigen aber rate ich dir, nun deine „Bau-gewerkschaft“ fleißiger zu lesen und pünktlicher in die Versammlungen zu kommen. Außerdem wird nächstens ein eigenes Blatt für die Mitglieder der „Bauproduktgenossenschaft“ erscheinen.

Karl: Na, das ist ja fein, dann wollen wir die Geschichte schon in Schwung bringen, an wie soll es nicht fehlen!

Georg Rowoltnick.

Wenn wir täten, was wir sollten, se tät Gott auch, was wir wollten.

Schneider.

Für die Gründung war ferner auch der Wunsch mitbestimmend, die Ueberflüsse den eigenen Kreisen zuzuführen; ist es doch bekannt, daß auch die öffentlichen Sparkassen ihre Ueberflüsse nicht für die Sparer, sondern zur Befriedigung kommunaler Sorgen verwenden. Der Ausschluß der Bank ist unter dem Vorsitz des Kollegen Stögerwald aus Führen der Gewerkschafts- und Verbandsorganisationen gebildet, und wird durch einen Verwaltungsrat von hervorragenden Vertretern des Wirtschaftslebens unterstützt. Die Sparer haben hier also den in gewerkschaftlichen Kreisen erstrebten Einfluß auf die Verwaltung ihrer Spargelder, der andernwärts fehlt. Sie haben die Gewißheit, daß die Spargelder ausschließlich ihren Interessen, also nicht Kreisen zugute kommen, die ihnen fremd oder ablehnend gegenüberstehen.

Um fogleich jedem Verbandsmitglied im ganzen Reich die Möglichkeit zu geben, sich die Vorteile der eigenen Bankgründung in bequemer Weise zu sichern, ist ein Postsparsparverfahren eingerichtet. Daneben ist für den baren Spargelverkehr der Ausbau eines Netzes von „Spargeld-Annahmestellen“ in Aussicht genommen und in Vorbereitung, dem der allmähliche Aufbau der übrigen Bankeinrichtungen in einer der Entwicklung entsprechenden Weise folgen wird.

Als erste Annahmestelle für den Barverkehr wird die Hauptgeschäftsstelle für den Westen am 2. Januar 1922 ihren Geschäftsbetrieb in Essen, Schützenbahn 24, eröffnen und zugleich den gesamten Postsparsparverkehr leiten.

Die Vertrauensleute und die Hauskassierer werden es übernehmen, ihren Kollegen Postsparsparkarten auszuhandigen, und damit den Postsparsparverkehr fogleich auf eine breite Grundlage stellen.

Zur Nachahmung empfohlen! Unter dieser Spitzmarke findet sich in sozialdemokratischen Zeitungen eine Notiz, wonach der Betriebsrat eines größeren Werkes im Ratingau unter der Belegschaft einen Beschluß herbeigeführt habe, daß für jeden bis 50 Jahre alten Arbeiter eine Lebensversicherung von 5000 M abgeschlossen werde. Die Direktion des Werkes, die jedes Jahr eine größere Summe zu gemeinnützigen Zwecken hergibt, habe einen Teil der Beiträge für diese Versicherung übernommen, sie schreibe ferner den auf die Arbeiter entfallenden Anteil jedesmal vor, der dann von den wöchentlichen Löhnen gekürzt werde. Es wird dann aufgefordert, diese Art gemeinnütziger Fürsorge, die sowohl dem Arbeiter wie dem Unternehmen nütze, überall da nachzuahmen, wo der Einfluß der Betriebsräte und die objektive Stellungnahme des Unternehmens es möglich mache.

Diesen Ansichten kann man beistimmen. Nur den weiteren Ausführungen der sozialdemokratischen „Vollfürsorge“ allein als das Versicherungsunternehmen der organisierten Arbeiter zu solchen gemeinnützigen Versicherungen der Belegschaften heranzuziehen sei. Die auf Grundlage der christlichen und nationalen Gewerkschaften entstandene Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung hat hierzu mindestens die gleiche Anwartschaft, und die christlichen Arbeiter fordern, daß sie nicht in eine Versicherung gezwungen werden, die ihnen fremd gegenübersteht, sondern daß ihnen die Freiheit gelassen bleibt, ihrem eigenen Unternehmen beizutreten. Die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften werden die Augen offen halten müssen, um ihre Mitglieder vor unliebsamen Eingriffen zu schützen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Breslau

Offschaften. Hier gelten nach der letzten Lohnsteigerung, die am 18. November in Kraft getreten ist, folgende Sätze:

	in der Lohnklasse:			
	I	II	III	IV
Maurer	10,30	10,20	9,75	9,45
Zimmerer	10,30	10,20	9,75	9,45
Einrichter	10,30	10,20	9,75	9,45
Zementfacharbeiter	10,30	10,20	9,75	9,45
Fräser	10,30	10,20	9,75	9,45
Zementarbeiter	10,20	10,10	9,65	9,35
Bauhilfsarbeiter	9,85	9,75	9,30	9,—
Blasarbeiter	9,60	9,50	9,05	8,75
Ziehfacharbeiter	9,85	9,75	9,30	9,—
Maschinenf.	I. Kl.	freie Vereinbarung		
	II. Kl.	10,30	10,20	9,75
	III. Kl.	10,20	10,10	9,65

Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Dezember 1921.

Bezirk Hannover

Im Geltungsbezirk des „Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes“ betragen nach den letzten Lohnvereinbarungen die Löhne ab 15. 11. 21 in

Lohnklasse	I	II	III	IV
Hannover und Umgebung	9,10	8,95	7,70	7,30
Silberstein	8,50	7,60	7,20	7,—
Kortheim in Hannover	7,15	6,65	6,05	—
Gelle	8,05	Stolzenau	6,—	—
Göttingen	7,45	Nichte	5,60	—
Beine	8,15	Brosfeld	8,15	—
Wymont	7,80	—	—	—
Donaubühl	ab 30. 10. 21	ab 10. 11. 21	—	—
Bekante Gerufe	9,—	9,30	—	—
Ilgeiernte	8,70	8,90	—	—

Inzwischen ist laut Vereinbarung vom 21. November der Lohn für Hannover auf 10,50 M gestiegen.

Am 10. Dezember ist der fünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Bezirk Hannover

Laut Verhandlung vom 23. November beträgt der Stundenlohn für Gesellen mit Geltung bis zum 13. Dezember 1921, wo neue Verhandlungen stattfinden sollen, in Halle und Magdeburg . . . 10,35 M.
 Verferberg und Beuna . . . 10,55
 Herzford ab 1. Dezember . . . 11,50

Bezirk Köln

Das außerordentlich starke Anziehen der Preise für Lebensmittel sowie für alle Bedarfsgegenstände veranlaßte die Kollegen, an die Bezirksleitung heranzutreten, schon innerhalb der Dreimonatsfrist neue Lohnforderungen einzureichen. Die Leitungen der Bezirksarbeiterverbände zeigten zum Teil Verständnis für die außerordentliche Lage und die dadurch bedingte Notlage, und so gelang es im Bergischen und Düsseldorfer Bezirk, durch direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationsvertretern, eine Verständigung zu erzielen. Für den rheinischen Bezirk wirkte das Bezirkslohnamt mit. Die Lohnhöhe beträgt 3,50 bis 4 M pro Stunde. In den einzelnen Lohngebieten sind nachstehende Lohnsätze zu zahlen:

Lohngebiet	Maurer	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter	Lohngebiet	Maurer	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter
Köln - Bergheim	14,—	14,30	13,40	Wachen - Gellen -	13,65	13,65	13,05
Bilzar	14,—	14,50	13,40	Irchen	13,—	13,80	12,50
Krefeld-Düsseldorf	13,85	14,30	13,25	Barmen-Glossfeld	13,—	13,80	12,50
Bonn-Siegbach(a)	13,70	13,70	13,10	Mensfeld	13,5	13,50	12,90
St. Leon	13,80	14,10	13,20	Mors (b)	13,40	13,40	12,90
Koblenz-Neuz	13,90	14,—	13,30	Summersbach	13,53	13,55	12,95
Neuz	13,90	14,—	13,30	Gutkirchen	13,20	13,20	12,60
St. Adolph	13,80	13,80	13,20	Weselen	13,—	13,35	12,40
Mors (a)	13,75	13,75	13,15	Schleiden - Dären	12,93	12,95	12,35
Honnert-Königs-	13,75	13,75	13,15	Itlich	12,63	12,65	11,85
Wintler	13,70	14,—	13,10	Weselbach	12,55	12,55	11,75
Neuwint - Amber-	13,70	14,—	13,10	Weselbach (a)	12,55	12,55	11,75
nach	13,20	13,55	12,75	Weselbach (b)	12,55	12,55	11,75
Sollingen	13,20	13,55	12,75				

Die jugendlichen Arbeiter erhalten im Bergischen Land 30, 50, 70 und 90 Prozent der Bauhilfsarbeiterlöhne, in den übrigen Gebieten 35 Prozent auf die bestehenden Löhne, so daß z. B. in Köln jetzt der Lohn für 15jährige 3,30 M, 16jährige 5,40 M, 17jährige 7,90 M und 18jährige 9,90 M beträgt.

Im Bergischen Bezirk ist die Lohnhöhe ab 10. November, in den übrigen Gebieten ab 17. November zu zahlen. Die letzte Lohnhöhe trat am 21. September bzw. 5. Oktober in Kraft.

Da die Vertreter der Organisationen sich für die Annahme des Schiedsspruches einsetzen wollen, scheint der Frieden gesichert, mit Ausnahme in Düsseldorf, wo die Zimmerer mit dem Resultat unzufrieden sind und den Streik getreten sind. Das Bezirkslohnamt hat entschieden, daß auch für die Düsseldorfer Zimmerer eine Lohnhöhe von vier Mark zu zahlen ist. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese sich dem Spruche fügen werden.

Die Arbeitgeber von Bergdorf und Summersbach hatten beantragt, dem Sieger Lohngebiet zugeeilt zu werden, vermutlich, weil sie der Auffassung sind, dann billiger davonzukommen. Das Lohnamt entschied, daß auch für diese Lohngebiete die Erhöhung von 4 M bzw. 3,90 M zu zahlen ist. Im übrigen wird es den Parteien freigestellt, über den Anfluß an ein anderes Lohngebiet Vereinbarungen zu treffen.

Innerhalb acht Tage sollen die Parteien eine Umrechnung der Akkordlöhne, entsprechend der Lohnhöhe, insbesondere für Fußer, vornehmen, anderenfalls die Lohnhöhe neben den Akkordlöhnen zu zahlen ist.

Bezirk Münster

Die hiesigen Verhandlungen am 23. November brachten folgende Lohnhöhen für den Hochbau mit Wirkung ab 17. November bis 18. Dezember:

Lohnklasse	M	Zement-	Hilfs-
a) Münster Stadtkreis usw.	13,—	12,70	12,40
b) Gremmen, Amt	12,50	12,50	12,20
c) Gremmen, Amt usw.	12,40	12,10	11,80
d) Zelgte, Stadt u. Amt	12,10	11,80	11,50
Lohnklasse II			
Warendorf usw.	11,50	11,20	10,90
Lohnklasse III	10,50	10,20	9,90

Das Gehalt für Maurer fällt fort, für Zimmerer ist es mit 20 Pf. pro Arbeitsstunde vereinbart.

Für das Ziehwandgewerbe wurde am 21. November verhandelt, und beträgt der Lohn in der 1. Lohnklasse 10 M, 2. Lohnklasse 9 M, 3. Lohnklasse 8,50 M, zahlbar am 21. November für die im 2. Nachtrag für das Ziehwandgewerbe angeführten Orte, mit der Vereinbarung, daß Nordhorn von der 2. in die 1. Lohnklasse versetzt wurde.

Am 21. November wurde der Lohn erhöht für Osnabrück von 9,30 M auf 10,50 M für Gesellen, 10,30 M für Hilfsarbeiter:

Recke von 8,10 M auf 9,50 M für Gesellen, 9,20 M für Hilfsarbeiter.

In Münster sind die Plattenfirma Theodor Brück u. Co., Engelstr., sowie die Zwischenmeister Jacob Willig, Adolphstr. 21, Heinrich Arengen, Gailshofstr. 35, und Weidtmann, Gerhardstr. 20, aus den bereits angeführten Gründen für alle Kollegen gesperrt!

Bezirk Paderborn

Hier lauten als Ergebnis der Verhandlungen vom 25. November 1921 die Löhne wie folgt:

	Facharbeiter pro Stunde	Hilfsarbeiter pro Stunde
Bedum	12,60 M.	12,— M.
Delbe	12,60	12,—
Berl	12,20	11,20
Soest	12,20	11,20
Bilptstadt-Stadt	11,60	10,60
Band	11,30	10,30
Gesele	11,00	10,60
Paderborn-Stadt	11,10	10,10
Band	10,80	9,80

Bezirk Saarbrücken

Nach dem Ergebnis der Verhandlungen vom 15. November sollen hier die Löhne betragen ab 14. 11. 1921:

	pro Stunde
Maurer, Zimmerer, Betonarbeiter, Dachdecker, Maler und Holzarbeiter über 20 Jahre	14,50 M.
Maurer von 19—20 Jahren	13,—
Steinhauer	15,10
Gipsler	14,80
Plastiker	15,30
Mannner	14,10
Erdb- und Hilfsarbeiter über 20 Jahren	13,35
" " " " " "	19
" " " " " "	18
" " " " " "	17
" " " " " "	16
" " " " " "	15
" " " " " "	14

Sechshandwerker

Am 3. November waren sämtliche Vertreter der auf den Sechshandwerkern beschäftigten christlichen Organisationen im Abgeordnetenhaus zu Berlin zu einer Besprechung zusammengetreten, um Stellung zu der neuen Lohnforderung im Bergbau zu nehmen. Die christlichen Berufsverbände hatten drei Vertreter entsandt, wie sie dieses zu allen Bergbauverhandlungen tun. Als Vertreter unseres Verbandes fungierte unser Bezirksleiter, der Kollege K. Sch. Am 4. November fand dann eine gemeinschaftliche Konferenz sämtlicher in Frage kommenden Organisationen aller Gewerkschaftsrichtungen im Reichstagsgebäude statt. Man wurde sich dort endgültig über die Höhe der zu stellenden Forderung klar, und es kam dann nach einigen Tagen unter persönlicher Leitung des Herrn Arbeitsministers Dr. Brauns zu einem Schiedsspruch, der besagte, daß für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier eine allgemeine Lohnhöhe von 27 M pro Schicht eintreten und sich das Hausgeld und Kindergeld um 1,50 M, also auf 4,50 M, erhöhen solle.

Am 11. November fanden in Essen die Verhandlungen mit dem Sechshandwerkerverband über die Verteilung der in Berlin vereinbarten durchschnittlichen Lohnhöhe von 27 M pro Schicht auf die verschiedenen Altersklassen statt. Hierbei wurde davon ausgegangen, daß die 14- und 15jährigen Arbeiter vier Prozent, die 16- und 17jährigen fünf Prozent und die 18- und 19jährigen sechs Prozent der Gesamtbelegschaft im Ruhrbergbau ausmachen. Das diesen 15 Prozent der Arbeiterzahl unter dem Lohnhöhe durchschnitte von 27 M gegeben wird, soll den 20 und mehr Jahre alten Arbeitern, die 85 Prozent der Gesamtbelegschaft ausmachen, zugelegt werden.

Nach dem Verhandlungsergebnis beträgt die ab 1. November geltende Lohnhöhe für Arbeiter

Alter von	über Tage	unter Tage
14 Jahren	0,55 M pro Stunde	— pro Schicht
15	0,85	—
16	1,25	10,50
17	1,75	14,—
18	2,45	19,—
19	3,15	25,—
20 u. berüb.	3,70	29,—

Der Stundenlohn eines 20 Jahre alten gelernten Handwerkers über Tage beträgt nunmehr 11,60 M. Dieser Lohn verringert sich für die

19jährigen um	1,50 M je Stunde,
15	3,25
17	4,75
16	3,80

Nachdem schon am 6. November eine Vertrauensmänner-Konferenz der Berufsverbände auf den Sechshandwerkern in Bergbau Stellung genommen hatten, befaßte sich am 22. November eine neue Konferenz mit dem Ergebnis der ganzen Verhandlungen. Obwohl der Nominalbetrag der Lohnaufbesserung nicht unbedeutend erscheint, gab doch die Konferenz der Meinung Ausdruck, daß sie schon längst überholt sei, und forderte von den Vertretern der Berufsverbände ganz entschieden, und dahin zu wirken, daß die dauernden Preissteigerungen auch rechtzeitig ausgeglichen, und die besonders berechtigten Wünsche der Kollegen mit allem Nachdruck bei den Verhandlungen vertreten würden. Die Konferenz stellte sich einmütig auf dem Standpunkt, daß es niemals den Bergarbeiterorganisationen möglich sei, die Interessen unserer Berufskollegen holl und ganz vertreten zu können. Nach sehr interessanter Diskussion und einer klaren Zusammenfassung der einzelnen Wünsche durch den Kollegen Dr. von dem christlichen Metallarbeiterverband, konnte Kollege Ernst von unserem Verband mit einem kräftigen Schlußwort die Konferenz schließen.

Wucher oder Nächstenliebe?

Ein rührendes Bergmannslied beginnt mit den Worten: „Mit nassen Augen, bleichen Wangen.“ Die mancher Vater, manche Mutter kann das auch von ihren Kindern sagen, wo jetzt wieder der böse Winter er-

schien ist und zu den bittersten Sorgen Anlass gibt. ...

Diese Frage müßten sich alle diejenigen stellen, die mit Rücksicht auf ihren Geldsack auf Kosten der ...

§ 1. Wegen unerlaubter Freiheitsberaubung wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 200 000 M bestraft, oder mit einer dieser Strafen ...

Für die Verkäufer aber, die sicherlich recht oft ...

Zu es halb Zeit wird, dem Bucher entgegenzutreten, geht aus einem Telegramm hervor, das die christlichen ...

Die soll sich der Arbeiter da Winterverträge verhandeln? ...

Spricht man über die hohen Löhne im Bauergewerbe, dann sind es immer die hohen Bauarbeiterlöhne, die das ...

Wenn alle Schichten der deutschen Bevölkerung an den ...

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Am 13. November fand in Köln im Rahmen der ...

Erhebung des Standesbewußtseins, Interessenvertretung, ...

Für die Höhe der Bildungs-, Standes- und Berufsunterstützung wurde beschlossen, für die Wintermonate einen ...

Verbandsnachrichten

Zusatzblatt. Internationales Antiterrorismus. Am 22. Oktober ...

Wenn man nun bedenkt, daß es sich hier um Löhne handelt, die zusammen eine Million Mark betragen, ...

Dot aber der Arbeitgeberverband, bzw. seine Mitglieder ...

Poborschan. Am 13. November fand in Poborschan (Kreis ...)

Berlin. In unserer Mitgliederversammlung am 23. 11. d. J. ...

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, wo bei ...

Des weiteren weisen wir darauf hin, daß nach § 17 ...

An die Verwaltungs- u. Zahlstellen-Kassierer

Schon jetzt sei darauf hingewiesen, daß mit dem 31. ...

Nach § 6 Abs. 5 ist am Schluß des Jahres eine ...

Der Hauptvorstand. J. A. Jos. Wiedberg.

Achtung! Kollegen vom Einsjelbe! Achtung!

Stets nach Weihnachten soll auf dem Einsjelbe eine ...

Mitteilungen hierüber nimmt der Kollege Ferd. ...

Am Sonntag, den 1. Januar, nachmittags 2 Uhr, soll ...

Die Kollegen besuchen die Konferenz, die von ihrem ...

Mit kollegialem Gruß Ferd. Gahemeier.

Sterbetafel.

Am 10. November kurz vor langjährigem Heber Kollege ...

Am 10. November starb unser treuer Kollege Wilhelm ...

Fern großer Unglück in Oppau fiel auch unser lieber ...

Gute ihrem Andenken!